

DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR

Wollen wir einen Militärputsch in Palästina?

Die Einstellung der Finanzhilfen schwächt den Aufbau demokratischer palästinensischer Strukturen und Israels Sicherheit

02.05.2006, Seite 12

Die Entscheidung der Europäischen Union, die Finanzhilfen für die palästinensische Autonomiebehörde einzustellen, entspricht ähnlichen Schritten der USA und Kanadas und auch den Wünschen der israelischen Regierung, die neue palästinensische Regierung so weit zu schwächen, dass sie möglichst bald handlungsunfähig wird. Klug ist diese Politik deshalb nicht; und europäischen Zielen in der Region, also der Sicherheit Israels und seiner Nachbarn, einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses und der Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung in der arabischen Welt dürfte sie auch nicht dienen. Eher könnte sie Armut und Anarchie in den palästinensischen Gebieten verstärken und vielleicht einem Militärcoup den Weg bereiten.

Bei den palästinensischen Wahlen wurde erstmals seit vielen Jahrzehnten eine ineffektive und in Teilen korrupte arabische Regierung schlicht abgewählt. Es war die bislang herrschende Regimepartei, Fatah, die mit deutlichem Bezug auf den bewaffneten Kampf als „Liste der Märtyrer“ kandidierte. Die Hamas-Kandidaten traten als Liste für „Reform und Veränderung“ an. Die palästinensischen Wähler haben gezeigt, was ihnen wichtiger ist. Dank des überraschenden Wahlerfolgs hat Hamas nun eine Basis, die von ihrer Leistung und Verantwortlichkeit erwartet.

Vieles, was auch die Hamas-Wähler von ihrer Regierung wünschen – Freizügigkeit, freier Warenverkehr, Wiederaufbau, Arbeitsplätze in Israel –, erfordert, einen Modus Vivendi mit Israel zu finden. Der neue palästinensische Ministerpräsident Ismail Haniye hat das verstanden. Seine Regierungserklärung konzentrierte sich auf Punkte wie die innere Sicherheit und das „Ende der Anarchie“ auf den palästinensischen Straßen, die wirtschaftliche Situation, Verwaltungsreform und Korruptionsbekämpfung.

Die international geforderte Anerkennung Israels blieb aus. Haniye erklärte allerdings, dass Hamas den Waffenstillstand mit Israel langfristig aufrechterhalten wolle, dass man zur technischen Kooperation bereit sei und Mahmoud Abbas, den palästinensischen Präsidenten, gern mit Israel verhandeln lassen werde, wenn es denn wieder zu Verhandlungen komme. Zurzeit steht dies ja gerade auch nicht auf dem Programm der israelischen Regierung.

Bis auf weiteres kann die Mehrheit der Israelis mit einer palästinensischen Regierung, die sich an diese Vorgaben hält, leben. Entscheidend ist, dass der Waffenstillstand praktisch durchgesetzt wird. Wenn eine Hamas-geführte Regierung dies eher liefert als ihre Fatah-Vorgänger, wird die israelische Öffentlichkeit letztlich auch Verhandlungen mit einer solchen Regierung unterstützen. Wenn nicht, wenn diese Regierung Terrorakte, wie sie zuletzt wieder vom Islamischen Dschihad verübt wurden, nicht zumindest zu stoppen versucht oder sie gar rechtfertigt, wird die israelische Öffentlichkeit auf harte Vergeltung setzen. Den Israelis ist aber eine echte Waffenruhe allemal wichtiger als eine „Anerkennung“ ihres Staates durch eine palästinensische Partei.

Israelis, Europäer und Amerikaner müssten sogar an einem Erfolg der Hamas-Regierung interessiert sein. Wenn Hamas es schafft, eine Form der Koexistenz mit Israel zu finden und zudem die Regierungsgeschäfte besser zu führen als ihre Vorgänger, wenn also Israelis und Palästinenser mehr Sicherheit erleben und die palästinensische Bevölkerung spürt, dass ihre Lebensverhältnisse sich verbessern, würde dies in mehrfacher Hinsicht in die Region hineinwirken: Es würde die Möglichkeit demokratischer Machtwechsel in der arabischen Welt demonstrieren, eine positive Antwort auf die Frage geben, ob Demokratie und Islam wirklich vereinbar sind und letztlich sogar die Akzeptanz Israels in der Region stärken. Wenn schon die palästinensischen Islamisten zu

anhaltender Waffenruhe mit Israel bereit sind– wer in der arabischen Welt soll dann noch den bewaffneten Kampf fordern?

Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Durch die Einstellung ihrer Finanzhilfen für die palästinensische Autonomiebehörde haben Europäer und Amerikaner den Eindruck erweckt, dass sie die Palästinenser für ihr Wahlverhalten abstrafen wollen. Schon heute geht es den Einwohnern im Gazastreifen schlechter als vor dem israelischen Abzug im letzten Jahr: Palästinensische Unternehmen haben zwar die Treibhäuser der geräumten Siedlungen übernommen und produzieren dort Obst und Gemüse für den Export nach Israel und in die Welt. Die Waren verrotten jedoch am israelisch kontrollierten Grenzübergang Karni – trotz eines Abkommens für den Waren- und Personenverkehr, das US-Außenministerin Rice im vergangenen November vermittelt hat. Palästinenser fragen mit einiger Verbitterung, ob die Forderung der internationalen Gemeinschaft, die geschlossenen Abkommen einzuhalten, eigentlich nur für die palästinensische Seite gelte.

Europa hat seine Finanzhilfe in den letzten Jahren gezielt eingesetzt, um transparente und verantwortliche staatliche Strukturen zu fördern. Die Einstellung dieser Hilfen konterkariert dies. Vor allem im Gazastreifen erleben die Palästinenser derzeit eine Art Staatszerfall: Polizeieinheiten verwandeln sich in bewaffnete Banden. Ihre Loyalität ist ohnehin zweifelhaft; die Mitglieder stammen aus den Reihen der Fatah und fühlen sich als Wahlverlierer. Ein militärischer Coup wird damit zu einer realen Gefahr: Es ist nicht auszuschließen, dass einige Führer der Polizei- und Geheimdienste Chaos und Gesetzlosigkeit zum Vorwand nehmen, um die gewählte Regierung zu stürzen. Wahrscheinlich wären sie dabei sogar überzeugt, die Signale aus Washington und Brüssel nur richtig interpretiert zu haben. Mit Sicherheit aber wäre die Glaubwürdigkeit westlicher Forderungen nach Demokratisierung und Reform arabischer Staaten dahin.

**VOLKER
PERTHES**

ist Direktor
der Stiftung
Wissenschaft und
Politik in Berlin.